

TRIBÜNE

# Damit Gewalt nicht mehr nötig ist

*Heute Donnerstag beginnt in Nordirland eine neue politische Ära – mit einer Selbstverwaltung, die eher schweizerisch als britisch oder irisch anmutet.*

Von **Brendan O'Leary**

Jetzt wird die volle Amtsgewalt von London auf die Provinzregierung in Belfast und die anderen exekutiven und legislativen Institutionen übertragen, die für die Bereiche Industrie, Tourismus, Verkehr, Schulwesen, Gesundheit, Soziales, Landwirtschaft, Kultur zuständig sind.

Der Aufbau der Selbstverwaltung wird Schweizer Lesern bekannt vorkommen. Es wird eine Regierung mit zwei Ersten Ministern geben, dem Unionisten David Trimble und seinem Stellvertreter, dem Nationalisten Seamus Mallon, der für eine Vereinigung Nordirlands mit der Republik Irland eintritt. Die übrigen Kabinettsposten werden nach dem Proporzprinzip verteilt. Zehn Ressorts gehen an die Parteien entsprechend ihrer jeweiligen Fraktionsstärke: Fünf Minister sind probriritische Unionisten – drei stellen die Ulster-Unionisten von David Trimble (UUP), zwei die Demokratischen Unionisten (DUP) von Ian Paisley –, und fünf Minister sind irische Nationalisten – drei von Seamus Mallons Sozialdemokratischer und Labour Partei (SDLP) und zwei von Gerry Adams' Sinn Fein.

Das Proporzsystem gilt für alle Institutionen. Die parlamentarische Versammlung

bildet. Die Katholiken werden in der öffentlichen Verwaltung angemessen vertreten sein. Und die Polizei soll, gemäss einem neuen unabhängigen Bericht, umbenannt und so reorganisiert werden, dass sie die Gesamtheit der nordirischen Bevölkerung repräsentiert – gegenwärtig besteht die Polizeitruppe zu mehr als 90 Prozent aus Protestanten.

Die neue Regionalregierung wird die nationalen, religiösen und sprachlichen Traditionen jeder Bevölkerungsgruppe achten. Die Gleichbehandlung von Gruppen und Individuen wird gesetzlich verankert. Jedes Schulsystem – ob katholisch, protestantisch oder integriert – wird proportional die gleiche staatliche Unterstützung erhalten.

Die politische Sicherheit wird gesetzlich untermauert. In Grossbritannien gilt die europäische Menschenrechtskonvention bereits als nationales Recht, aber in Nordirland wird ergänzend ein Grundrecht eingeführt, das den Schutz nationaler, religiöser, ethnischer und sprachlicher Minderheiten regelt.

## Alle müssen Vereinigung wollen

Das neue politische Abkommen weist indes über die Region hinaus. Es schafft zwei neue Bindeglieder zwischen Nordirland und seinen Nachbarn. Das eine ist der gemeinsam beschickte Nord-Süd-Ministerrat, der eine Verbindung zwischen Nordirland und der Republik Irland herstellt. In diesem Gremium haben beide Teile Irlands die Möglichkeit, in bestimmten Bereichen gesamtirische Politik zu machen. Zweitens wird ein Britisch-irischer Rat eingerichtet, der die neuen Regionalregierungen von Schottland, Wales und Nordirland sowie die kleinen

sammenkommen, und für die Unionisten besteht die Bindung an Grossbritannien weiter, falls sich Nordirland für eine Vereinigung mit der Republik entscheidet.

Es gibt aber noch andere politische Dimensionen des Abkommens. Die britische und die irische Regierung werden regelmässig Gespräche über Sachfragen führen, die nicht dem nordirischen Parlament übertragen wurden (hauptsächlich innere Sicherheit, Justiz und Schutz der Menschenrechte). Heute Donnerstag wird das irische Parlament mit einer Verfassungsänderung

dem Volkswillen Rechnung tragen, dass die Vereinigung beider Teile Irlands nur durch eine demokratische Mehrheitsentscheidung aller Iren herbeigeführt werden soll. Die britische Regierung wird das Karfreitagsabkommen vom 10. April 1998 offiziell in einem Vertrag mit der Dubliner Regierung anerkennen, in dem das Recht der Iren in Nord und Süd auf nationale Selbstbestimmung festgeschrieben wird.

In der Vereinbarung wird ein Modell des «doppelten Schutzes» entwickelt: Die einzelnen Gruppen sollen geschützt werden, ganz gleich, ob sie der Mehrheit oder der Minderheit angehören, selbst dann, wenn sich ihr Status ändert. Was das bedeutet, ist ganz einfach: Sollte Irland sich vereinigen, werden die Ulster-Unionisten die gleichen (nationalen, religiösen und bürokratischen) Rechte geniessen, wie sie

scher Architektur. Es ist Bestandteil eines unvollendeten Friedensprozesses und enthält Regelungen, die geeignet sind, ein Ende des dreissigjährigen blutigen Konflikts in Nordirland herbeizuführen. Die britische Regierung hat eine Reihe von verurteilten Angehörigen paramilitärischer Organisationen freigelassen und wird auch alle anderen freilassen – vorausgesetzt, ihre Organisationen akzeptieren einen Waffenstillstand und geben, in Zusammenarbeit mit einer internationalen Kommission unter dem kanadischen General de Chastelain, ihre Waffen ab.

Grossbritannien wird ausserdem seine Truppen abziehen, die Demilitarisierung der Region vorantreiben und eine durchgreifende, weitreichende Polizeireform durchführen. Die IRA und die grössten paramilitärischen Organisationen der Protestanten, die UDA

und die UVF, sollen Beauftragte für die Entwaffnungsgespräche benennen. Die Organisationen werden sich nicht als Armeen auflösen, sondern freiwillig ihre Waffenarsenale abgeben.

## Nationale Identität anerkannt

Das Ganze wird gewiss nicht ohne Schwierigkeiten gehen. Paisleys DUP droht damit, die Arbeit der Institutionen zu behindern, die Kooperation aller paramilitärischen Gruppen ist fraglich, und es wird Differenzen darüber geben, inwie-

vor einer neuen politischen Ordnung, die sich, wie das Schweizer System, womöglich auch anderswo praktizieren liesse.

Sollte das Abkommen wirklich funktionieren, wird es demonstrieren, in welchem Umfang ethnisch-nationale Konflikte durch Verhandlungen gelöst werden können, die alle Dimensionen des Konflikts berücksichtigen. Die Illusion, dass es sich in erster Linie um einen konfessionellen Konflikt handelt, ist offenbar geworden. Die beiden Regierungen haben die eigene nationale Identität zweier Völker anerkannt, die zusammen in einem Land leben, das beide als Heimat bezeichnen – die Nachkommen der gälischen Urbevölkerung und die Nachfahren der britischen Kolonisten. Sie haben Institutionen aufgebaut, in denen sie gemeinsam arbeiten und Vertrauen aufbauen können.

Der nationalistische Bevölkerungsanteil ist durch die demografische Entwicklung stark angewachsen. Nordirland wird in Kürze drei politische Minderheiten haben: Unionisten, Nationalisten und «Anderer» (jene, die weder den Nationalisten noch den Unionisten nahe stehen). Einige, aber keineswegs alle Unionisten sind dadurch zur Einsicht gelangt, dass Wandel notwendig ist. Aus ihrer Sicht bleibt der Bestand der Union am besten gewahrt, wenn sie die Nationalisten von einer Reformierbarkeit Nordirlands überzeugen. Und die militanten Nationalisten haben eingesehen, dass Gewalt nicht mehr nötig ist. Dank ihrer eigenen politischen Stärke können sie gleichberechtigt an der Regierung Nordirlands mitwirken – und die spätere Vereinigung getrost abwarten.

Niemand weiss, wie die Zukunft aussehen wird. Das Schöne an dem Abkommen ist, dass es Nationalisten und Unionisten anspricht, sich so zu verhalten, dass eine für beide Seiten bestmögliche Zukunft



**Brendan O'Leary** ist Professor für Politikwissenschaft an der Londoner School of Economics, Autor zahlreicher Bücher und Artikel über Nord-

irland-Berater von britischen, irischen und amerikanischen Politikern.